

Regionalwährungen und ihr Hintergrund

zweiter Teil
Anhang V
Text: 46.2.7

Februar 2007

www.tristan-abromeit.de

oo

Die Zukunft der Arbeit und der Universitäten in Mecklenburg-Vorpommern

von
Tristan Abromeit

25. März 2005

Es war der 19. März 2005. Einer meiner vier Söhne hat zum Frühstück, die Ostsee-Zeitung (Greifswalder Zeitung) mitgebracht. Ich hatte aber nicht die nötige innere Ruhe um sie zu lesen. Wir räumten mit einem Freund des Sohnes die Wohnung unter dem Dach im Pfarrhaus am Karl-Marx-Platz. Mein Sohn wechselt die Universität. Vordergründig hat ihn die Liebe von Greifswald weggezogen, was hintergründig ihn und andere Studenten von Greifswald weg treibt oder Greifswald als Studienort meiden läßt, dafür sollten sich diejenigen interessieren, die die Universität dort erhalten wollen.

Ich bedauere es, daß mein Sohn von dort weggezogen ist, denn die Ostsee ist mir durch meine Seefahrtszeit, durch die ostpreußische Heimat meines Vaters und durch den Segelsport lieb und vertraut.

Eine Naturwissenschaft zu studieren und in einem Pfarrhaus an einem Karl-Marx-Platz zu wohnen, war mir vorher als ein gutes Omen dafür erschienen, daß mein Sohn so etwas wie

eine universelle Bildung erfahren würde. Die Vermittlung von Geist, Natur und Gesellschaft, das stellt man sich doch unter einem Universitätsstudium vor. Oder? Ich denke, die Wirklichkeit, die die Studenten und Studentinnen erleben, sieht in etwa so aus, wie Bernd Striegel sie beschreibt, dessen Buch „Über das Geld – Geschichte und Zukunft des Wirtschaftens“, 597 Seiten, (www.ulmer-manuskripte.de) mir gestern auf den Tisch kam:

... „Als ich ein bißchen älter war, nahm ich mir während meiner Doktorarbeit ungefragt und selbstherrlich einmal wieder mehr Zeit für meine persönlichen Interessen heraus, als das zur Zeit des Studiums möglich gewesen war – das Chemiestudium in Ulm hatte einen da herzlich wenig Freiheiten gelassen. Ein paar Bücher konnte man nebenher lesen, das war schon alles. Immer mehr hatte ich deshalb einen Mangel an der Beschäftigung mit Gesellschaft, Geschichte, und Politik verspürt, und es war mir immer unerträglicher geworden. Ich fühlte mich manchmal in meinem Labor wie der Hamster im Laufrad, der vom Rest der Welt nichts mehr mitbekommt.“ ... (S. 12)

Wenn ich es richtig sehe, hat sich Striegel dann außerhalb der universitären Strukturen einem inhaltlichen Kontrastprogramm zugewandt, um sich von den Schäden der realen universitären Verbildung zu erholen. „Gut sechs Jahre sind seither vergangen – aber jetzt bin ich am Ziel: Die Ergebnisse meiner Untersuchungen liegen nun auf dem Tisch. Ich sage es aber lieber gleich vorweg: Es ist keine sehr leichte Kost.“

Nach meinem Eindruck beschämt hier ein Chemiker die Gesellschaftswissenschaftler, insbesondere die Volkswirte.

Ich bin aber auch zu Hause, am Steinhuder Meer, nicht gleich dazu gekommen die Osee-Zeitung zu lesen. Gewohnheitsgemäß habe ich erst die Hannoversche Allgemeine Zeitung aufgeschlagen. Dort wurde dann eine Äußerung von dem Ministerpräsidenten von Mecklenburg-Vorpommern, Dr. Harald Ringsdorf, wieder gegeben. Ringsdorf soll geäußert haben, daß man nach der Wende zu schnell und zu viel industrielle Arbeitsplätze abgewickelt hätte. In der Tat ist es so, daß die Vereinigung der Republiken uns heute noch Schwierigkeiten macht, weil die so genannten Politiker und deren Berater und Ideenlieferanten aus dem Hochschulbereich versagt haben. Die Probleme im Hochschulbereich und auf dem Arbeitsmarkt sind also hausgemacht.

Es hätte ganz anders laufen können. Es gab Alternativen. (Siehe www.tristan-abromeit.de / Texte / Darauf kommt es an!) Diese Fragen gehören hier her, weil ja die kostenträchtigen

Hochschulen / Universitäten eingerichtet wurden, um Leben und Gesellschaft zu erklären und zu erhalten, also als Institutionen der Lebensbewältigung und nicht als Produzenten von Drangsal. Wenn die Mitglieder dieser Institutionen aber nicht die Kraft haben, die zuge dachte Leistung zu erbringen, dann sollte man sie einfach abwickeln, daß Lernen hört dadurch nicht auf, es wird sich von selber neu organisieren.

Bevor ich nun zur Zeitung aus Greifswald greifen konnte, war ich auf andere Weise wieder in Mecklenburg-Vorpommern. Ich war dabei eine lange Liste der Bücher anzufertigen, die ich der Universität in Klaipeda / Memel zuge dacht habe. Mein PC hängte sich aber auf und meine Datei, die ich nicht gesichert hatte, war futsch. Um den Frust abzubauen, habe ich zur Biogra phie von Fritz Reuter von Wilhelm Seelmann in der fünfbändigen Ausgabe von Reuters Wer ken (o.J.) gegriffen. Dort ist unter anderem zu lesen:

...“Als 1830 die bis dahin bestehende Vorschrift, daß in Rostock studieren müsse, wer auf An stellung in Mecklenburg rechnen wolle, für alle Nichttheologen aufgehoben wurde, ging der Besuch der Universität mehr und mehr herab, von 145 Studenten im Jahre 1830 sank er auf 70 im Jahre 1833. Wer konnte, ging nach Göttingen oder Jena.“

Hier wird zweierlei deutlich: Erstens gab es schon damals eine Abwanderungesproblem an der Universität in Rostock und zweitens wird an Hand der Studentenzahlen der Gigantismus deut lich, den wir heute verfallen sind und den wir trotz größere Zahlen durch sinnvolle Strukturen überwinden müssen. Die Devise muß lauten konsequent dezentralisierern und nicht fusionieren.

Wilhelm Röpke, der sich bewußt war, daß wir bei der Gestaltung unser ökonomischen Ver hältnisse (auch die Bildung gehört dazu) nur die Wahl zwischen der (dezentralen) Marktwirt schaft und der (zentralen) Komandowirtschaft haben, beschreibt das in seinem Buch „Die Lehre von der Wirtschaft“, daß er 1937 an die NS-Zensur vorbei veröffentlichen konnte, wie folgt:

Dieser „Dritte Weg“ der Wirtschaftspolitik ist vor allem auch ein Weg des Maßes und der Proportion. Es gilt, unsere Gesellschaft mit allen Mitteln vom Rausch der großen Zahlen, vom Kult des Kolossalen, von Zentralisierung, Überorganisa tion und Standardisierung, vom Pseudo-Ideal des „Noch grö ßer und noch besser“, von Vermassung und Mammutgebilden

zu befreien und wieder auf das Natürliche, Menschliche, Spontane, Ausgeglichene und Mannigfaltige zurückzuführen. Es gilt, eine Epoche abzuschließen, in der die Menschheit im Triumph der Technik und der Organisation und im Gefühl unendlichen Wachstums und ungehemmten Fortschritts den Menschen selbst mit seiner Seele, seinen Trieben, Nerven und Organen vergessen hatte, ungeachtet der jahrhundertalten Weisheit Montaignes (Essais, Buch III, Kap. 13), daß wir auf den höchsten Stelzen noch immer mit unseren Beinen marschieren und auf dem höchsten Thron der Welt noch immer mit unserem Gesäß sitzen. (S. 324)

Ich habe aus einem anderen Anlaß nochmals das Buch „Lob der Aggression – Erkenntnisse der Verhaltensforschung“ von Anthony Storr, 1971, gelesen. Storr kommt ebenfalls zu dem Schluß, daß wir die kleineren Einheiten in der Gesellschaft benötigen, damit die Menschen mit Hilfe der kleinen Einheiten im Wettbewerb miteinander die naturgegebene Aggression als Antriebskraft positiv ausleben zu können.

„Man könnte sogar die Ansicht vertreten, daß wir versuchen sollten, die Menschen in kleinere Gruppen mit größerer Selbständigkeit aufzuteilen, anstatt sie zu noch größeren Verbänden unter einer Regierung zusammen zu fassen.“ (S. 168)

Ich selber habe ja nur die Akademie für Wirtschaft und Politik absolviert. Diese Akademie, eine Einrichtung des zweiten Bildungsweges hatte den Hochschulstatus, wurde als Akademie für Gemeinwirtschaft gegründet, wurde später in Hochschule für Wirtschaft und Politik umbenannt und ist (wie ich hörte) inzwischen in die Uni Hamburg eingegliedert worden. Diese Hochschule hatte – von der Karriere der Absolventen her gesehen - ihre größten Erfolge, als die Studenten noch in Jahrgängen zusammen gefaßt waren und ein Jahrgang nur rund 100 Studenten ausmachte. Diese Akademie war in ihrer Kleinheit als Personallieferant für die Politik, Wirtschaft, Gewerkschaften und Lehre eine erste Adresse und ist durch den Wahn „immer mehr – immer größer“ auf den Durchschnitt abgerutscht. Wenn bei mir selber nach diesem Studium kein beruflicher Erfolg einsetzte, so lag das nicht nur an der damaligen Arbeitslosigkeit, sondern auch daran, daß mein politisches Profil nicht auf die Spurbreite von CDU, SPD und FDP paßte. Unangepaßtsein wurde eben nicht nur in der DDR negativ sanktioniert.

Wenn jetzt in der Ostsee-Zeitung (OZ) unter der Schlagzeile „Nur Bündelung von Fächern schafft Zukunft“ zu lesen ist: „Die von vorgefertigten Meinungen und Interessenbekundungen geprägte Auseinandersetzung an der Universität müsse durch eine sachliche, ehrliche, auch selbstkritische Debatte ersetzt werden.“ ..., dann ist diese Forderung von Prof. Jan-Peter Hildebrandt zu unterstützen. Zu einer solchen Auseinandersetzung gehört aber auch die Auflistung, wessen persönlichen Interessen positiv oder negativ von Veränderungen berührt würden. Man muß sich dann als erstes darüber klar werden, was die Universität einst war, was sie heute ist und was sie morgen werden soll. Als zweites muß die Frage gestellt und beantwortet werden, in welchem Ordnungsrahmen (zentralverwaltungswirtschaftlich oder verkehrswirtschaftlich) die Zielerreichungsmaßnahmen erfolgen können und müssen. (Bei der Wahl der Mittel haben wir Freiheiten, nicht aber bei den Ergebnissen.) Wenn die Idee der Autonomie der Hochschule eine Zielgröße ist, dann muß die Entwicklung so angelegt werden, daß die Politik und der Kultusminister sich in Zukunft nicht mehr um die Angelegenheiten der Hochschulen kümmern müssen, aber auch nicht hinein regieren können. Der Beamtenstatus paßt dann selbstverständlich auch nicht mehr zu Hochschullehrern. Und natürlich müßten dann die Investitionen in Hochschulen erfolgsabhängig gemacht werden, daß heißt, sie müßten im Wesentlichen ihr Geld über Studiengebühren und Vermarktung ihrer Forschungsergebnisse verdienen. Dieses hätte zur Folge, daß bei den Hochschullehrern nicht nur auf ihre in Veröffentlichungen nachgewiesenen Qualifizierungen geachtet würde, sondern auch darauf, ob sie ihr Wissen Studenten vermitteln können und ihre Denkarbeit einen gesellschaftlichen Nutzen hat. Die Studiengebühren sind natürlich ein Reizthema, aber an ihre Einführung führt kein Weg vorbei, a) wenn die Menschen, die im Arbeitsprozeß stehen, nicht immer höhere Lasten aufgebürdet bekommen sollen, und b) weil auf die Studiengebühren bei Erreichung der vollen Autonomie der Universitäten die Preisfunktion zu übernehmen müssen. Dabei muß dann natürlich die Ökonomie der Studenten so gestaltet werden, daß sie ohne großen Leidensdruck ihr Studium finanzieren können. (Das ist möglich!)

Ob eine Hochschule dann im Wettbewerb besser besteht mit der Produktion von spezialisierten Spezialisten, in der Umgangssprache als Fachidioten bezeichnet, oder durch Studiengänge die neben dem Fachstudium ein fächerübergreifendes Basisstudium bietet - mit dem sich die betreffenden Hochschulen die Namen Universität verdienen – ist dann eine rein hochschulinterne Angelegenheit.

D. Kesselring schreibt über die Meinung des Kultusministers: „Metelmann träumt von einer

Uni mit mehreren Standorten“. ... Solche Träume hat man andernorts schon realisiert. Wurden die Ergebnisse untersucht? Er will nicht die Autonomie der Hochschulen aus hebeln. „Dennoch gibt es in Schwerin Vorstellungen zur University of Mecklenburg-Vorpommern.“ Will man nicht gleich das Englisch als Landessprache einführen? Wenn die Sprache Reuters immer mehr an Stellenwert verliert, kann man doch das Hochdeutsch gleich mit auf Müllhalde der Geschichte kippen. Wenn erst in englisch an M-V-Hochschulen gelehrt wird, kommen sicher massenweise Studenten aus Kalifornien oder Ohio. Oder?

„Kammern: Reform nicht überstürzen“. Unter dieser Schlagzeile berichtet Thomas Luczak über die Haltung der Kammern zum Thema. Wenn Vertreter der IHK Rostock sagen, daß die Ungewißheit dem Hochschul- und Wirtschaftsstandort M-V schadet, so kann da wohl nicht widersprochen werden, weil die Bremswirkung durch Verunsicherung ja auch im größeren Gebilde, in der Republik, ebenfalls festzustellen ist. Bei ihrem Angebot, sich als Berater zu fungieren, verkennen sie aber, daß es Mitgliedern einer Zwangsgemeinschaft schlecht ansteht, über die Freiheit einer Hochschule zu befinden. Die Kammermitglieder sollten lieber darüber nachdenken, warum so viele Betriebe in den Konkurs getrieben werden, warum die Konzentrationsprozesse in der Industrie und im Handel den Wettbewerb ausschalten, die Chancen selbständiger Existenzen sich verringern und das Modell Marktwirtschaft immer mehr zerstört wird.

„Die Betrachtung zum Wochenende
Alle profitieren von der Uni“

Von ECKHARD OBERDÖRFER

„Ein Leserbrief von Dr. Walter Schelske gibt Stoff zum Nachdenken. Als er, so schreibt der Greifswalder, Anfang der 1990er Jahre im Alter von 51 Jahren als Mitglied eines Instituts der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät gehen musste, da gab es nicht nur keine Abfindung. Schelske vermisste Solidaritätsaktionen der anderen Fakultäten.

Und nun werde Schulterchluss, werde Protest zugunsten der Universität verlangt. Dr. Schelske kann sich nicht vorstellen, dass die vielen Tausend Greifswalder, die arbeitslos sind, sich für vergleichsweise gut verdienende Universitätsmitarbeiter einsetzen. Professoren sind als Beamte ohnehin nicht kündbar.“ ...

Ich vermute mal, daß Dr. Schelske als Mitglied gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät zu DDR-Zeiten dem Marxismus verpflichtet war. Das für sich hätte keine Entlassungsgrund sein

dürfen, denn ein Vertreter der naturwissenschaftlichen Faktultät, der offiziell nicht mit dem Marxismus zu tun haben brauchte, kann doch viel stärker in das Böse der SED-Herrschaft verstrickt gewesen sein. Nun kann man sagen, daß man sich als Wissenschaftler doch nicht einer Doktrin unterwerfen kann, die als ideologisch zu klassifizieren ist.¹ Abgesehen davon, daß auch an westdeutschen Hochschulen Lehrer und wissenschaftliche Mitarbeiter Marxisten waren (und auch im geringeren Umfang noch sind), kann man ja auch Wirtschaftswissenschaftler, die Kapitalismus lehren, als Ideologen bezeichnen. Der Marxismus ist ja ein Lösungsversuch für kapitalistisch verursachter Probleme. Dadurch, daß dieser Lösungsversuch gescheitert ist, sind die Probleme, die er lösen sollte ja nicht aus der Welt.

Im übrigen hat Charles Reich, ein US-Amerikaner, bereits 1970 in seinem Buch „Die Welt wird jung – Der gewaltlose Aufstand der neuen Generation“ darauf hingewiesen, daß die Konzerne eine Struktur haben, wie sie bei den realkommunistische Gesellschaftsmodellen zu beobachten sind, und daß die westlichen Staaten wiederum geführt würden wie Konzerne. Ivan Illich, ein Anwalt der freien Bildung, hat in den 70er Jahren darauf hingewiesen, daß die Schulsysteme sich in den formal unterschiedlichen Gesellschaftsformen alle gleichen würden. Es hätte also Grund genug dafür gegeben alle marxistisch getrimmten DDR-Gesellschaftswissenschaftler in die Konzerne und Kultusbükratien zu vermitteln oder ihnen wenigsten Gelegenheit zu geben sich umzuorientieren, sich neuen Anpassungsdruck „angedeihen“ zu lassen.

Zur Arbeitslosigkeit: Ich zitiere aus einem Buch vom Januar 1932, das in erster Auflage im Herbst 1931 erschienen ist. Der Titel: „Das Problem unserer Zeit und seine Meisterung“. Der Autor: Karl Walker, Buchbinder, der nie die Chance hatte eine Hochschule zu besuchen, dessen Hinterlassenschaft als Privatgelehrter aber durchaus mit geistigen Produktion eines Professors der Gesellschaftswissenschaften konkurrieren kann.

Das soziale Verhängnis der Klassenspaltung, die Verelendung des besten, des schaffenden Volksteils, die drohend anwachsenden Arbeitslosenheere, all das sind Wirtschafterscheinungen, die aus den Grundfehlern des herrschenden Wirtschaftssystems entspringen.
Einer dieser Grundfehler liegt im Geldwesen.

In Deutschland sind nun schon seit Jahren 2 ½ bis 4 ½ Millionen Menschen arbeitslos, werden also von der Wirtschaft als überflüssig abgestoßen, während sie gleichzeitig, kümmerlich von den noch im Erwerb stehenden mit unterhalten, in Mangel und Not leben; be-

¹ Die Definition des Begriffes Ideologe war in der BRD und DDR nicht identisch. Den heutigen Stand kenne ich nicht.

denken wir, daß diese Menschen ihre Bedürfnisse doch alle selbst decken könnten — es sind alle Berufe vertreten — wenn sie nur arbeiten dürften. Warum dürfen und können sie aber nicht arbeiten ?

Es sind Bedürfnisse da, riesengroße; es sind Menschen da, arbeitswillige Menschen, Millionen, und es sind auch Rohstoffe, Baustoffe, Lebensmittel in Hülle und Fülle da; der Segen der Natur ist doch so reich, daß man Staudämme gegen eine Überschwemmung aus fremdem Gebiet zu errichten für nötig hält. Und doch bestehen Hunger, Elend, Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit. Diese Zustände sind nicht auf den verlorenen Krieg zurückzuführen. Auch andere Länder leiden unter denselben Erscheinungen; England z. B. hatte zeitweise eine verhältnismäßig noch höhere Arbeitslosigkeit als wir; und England hat keinen Krieg verloren! Es handelt sich hier um mehr als nur um Nachwehen des Krieges. Das Problem ist international und uns auf alle Fälle schon längst über den Kopf gewachsen. Die Hilflosigkeit der Führer und das vollständige Versagen aller bisherigen Methoden einschließlich der marxistischen ist nicht zu verkennen.

Diese Hilflosigkeit kann nur aus einem Mangel an wirtschaftlichen Erkenntnissen erklärt werden. Die Politiker aber betrachten die Lösung des Wirtschaftsproblems als eine Machtfrage; sie sehen nicht, daß die Störungen der Wirtschaft von Unterbrechungen der Zirkulation ausgehen, die nicht durch obrigkeitliche Erlasse verhindert werden können. Sobald der Austausch der Güter und Leistungen wegen ungenügender Versorgung der Wirtschaft mit Zahlungsmitteln stockt, häufen sich Güter, die keinen Absatz finden und mehren sich Arbeitskräfte, die brachliegen müssen. Dann muß der Staat, nicht zuletzt im Interesse der öffentlichen Sicherheit, die Arbeitslosen unterstützen, deren Unterhalt er aber in Form von Steuern und Abzügen den übrigen Arbeitenden aufbürdet. Heute beschäftigen sich die Politiker in Deutschland damit, Systeme auszuklügeln, nach denen es möglich sein soll, ohne Staatszuschüsse die Arbeitslosenunterstützung für die Zukunft aus den Beiträgen der Arbeitslosenversicherung zu bestreiten, etwa durch Schmälerung der Unterstützungssätze oder Erhöhung der Beiträge u. ä. Ist das ihre Aufgabe ? — Aber auch in England ist schon vor einigen Jahren das Wort gefallen, man müsse sich auf eine dauernde Arbeitslosigkeit von ca. 600000 bis 1 Million einrichten; also auch dort rechnet man nicht mehr mit dem Verschwinden dieser Erscheinung. Niemand denkt daran, den Widersinn der Gleichzeitigkeit von Arbeitslosigkeit und Not zum Ausgangspunkt einer gründlichen Untersuchung zu machen. (S.30/31)

Der Sachverhalt hat sich bis heute sowohl im Hinblick auf Erscheinung des Problems wie auch in Bezug auf seine Erforschung nicht verändert. Wenn das aber so ist: Wozu benötigen wir dann eine Wirtschaftswissenschaft? Was nützen Modelle und Prognosen, die nichts an der Arbeitslosigkeit ändern, aber die Verzweiflung bei uns und den Tod anderswo fördern? Was nützen uns mathematische Modelle, die vielleicht einen Nobelpreis einbringen, die Menschen aber an Seele und Leib verkümmern lassen? Und wenn der Begriff „Universität“ noch eine akzeptable Bedeutung haben soll, dann ist das hier beschriebene Problem, nicht nur ein Problem der Wirtschaftswissenschaftler, sondern es ein

Glaubwürdigkeits- und ein ideelles Haftungsproblem der gesamten Hochschullehrerschaft.

„Kartell der Parteien blockiert Reformen“

unter dieser Überschrift schreibt Jens Burmeister u.a.:

„Ein Gespenst geht um in Deutschland: Der Parteienfrust. Die übergroße Mehrheit der Bürger hegt den Politikern von Regierung und Opposition gegenüber tiefes Misstrauen. Nach einer aktuellen Studien vertrauen nur noch vier Prozent der Deutschen den Parteien und elf Prozent dem Bundestag.“...

„Ein Sprichwort sagt, jedes Volk hat die Politiker, die es verdient. Doch ist das wirklich so? Ist nicht längst eine kritische Diskussion über den Parteienstaat überfällig?“ ...

Wer im Westen so schreiben würde, wie Burmeister hier in seinem Titel, der müßte immer noch befürchten als Rechtsextremist eingestuft zu werden. Dabei ist „Kartell der Parteien“ ordnungspolitisch betrachtet die korrekte Aussage. Wenn von 95 gemeldeten Parteien nur 5 bzw. 6 Parteien eine Chance haben in das Bundesparlament zu kommen und für Einzelbewerber eine Kandidatur von vornherein aussichtslos ist, dann ist die Bezeichnung „West-SED“ für das Parteienkartell, wie sie ein Fernsehmoderator benutzt hat, durchaus angebracht. Um in die Betrachtungen aber keinen falschen Zungenschlag zu verwenden. Das was zum Verdruß so vieler Bürger geworden ist, ist keine Ausdruck eines bösen, sondern eher eines irrenden Willens. Ich bin seit 1967 parteipolitisch aktiv. Erst mit der Gründung der Liberal-Sozialen Partei, dann als Mitglied der FDP. Und als Mitglied der Grünen Liste Umweltschutz bin ich dann Gründungsmitglied der GRÜNEN geworden. Parteiisches Denken habe ich mir trotzdem dabei nicht erworben. Wenn wir die Mitglieder der Parteien betrachten, haben wir es in der Regel mit lieben und tüchtigen Menschen zu tun, deren Idealismus in der Mehrzahl ganz schön ausgebeutet wird. Natürlich gibt es in den Parteien – wie in anderen Vereinigungen – immer Leute, die man gerne nicht oder anderswo sehen möchte. Das eigentliche Problem liegt a) in den Leitbildern der Mitglieder und b) darin, daß das Instrument Partei für das, wofür es geschaffen wurde, nicht taugt. Sowohl die Leitideen wie auch die Vorstellung von den richtigen politischen Strukturen werden aber stark von dem beeinflußt, was in den Hochschulen gedacht und gelehrt und von den Massenmedien vermittelt wird. Das Demokratieversagen, das wir beobachten können ist wenigstens auch zum Teil ein Versagen der Hochschulen.

Das Sprichwort, daß das Volk die Politiker oder die Regierung hat, die es verdient, hat je nach Perspektive Gültigkeit oder nicht. Wenn die Mehrzahl der Mitglieder einer Gesellschaft einfach selbsternannten und gewählten Vertretern die Regelung öffentlicher Angelegenheiten überläßt, ohne sich selber darum zu kümmern, dann ist keine Demokratie möglich und das Volk hat eine schlechte Regierung verdient. Andererseits ist auch jeder andere, wie heute die Parteimitglieder überfordert, wenn er

sich in der jetzigen Art des Politikbetriebes sinnvoll einbringen will. Wir müßten also politische Strukturen und Formen entwickeln, in denen die Allzuständigkeit von Personen und Parteien aufhört. Die neuen Strukturen müßten nicht nur die Gewaltenteilung ermöglichen, sondern auch Über- und Durchschaubarkeit liefern und haftende Gestaltungsfreiheit gewähren. Außerdem müßten sie auch noch praktikabel sein. Ein solches Modell stellt zum Beispiel Karl Hahn in seiner Habilitationsschrift „Föderalismus – Die demokratische Alternative“ vor. Es ist eine „Untersuchung zu P.-J. Proudhons sozial-republikanisch-föderativen Freiheitsbegriff“, München 1975. Föderation ist hier nicht nur ein staatliches Strukturprinzip, sondern auch ein privatrechtliches. Nach diesem Gedanken könnte zum Beispiel das Universitätspersonal aus der Universität eine privatrechtliche Föderation bilden, in der kein Bildungspolitiker mehr hineinreden kann.

Natürlich ist eine Diskussion und Überwindung des Parteienstaates erforderlich. Der richtige Zeitpunkt wäre gewesen, als die beiden deutschen Republiken sich vereinigt haben. Das Parteienkartell hat aber lieber einen Verfassungsbruch und Demokratieverrat in Kauf genommen, als den Deutschen erstmals ihr Verfassungsgebungsrecht zu gewähren. Die Motive sind sicher vielfältig. Ein Motiv ist sicher, daß das Volk von der politischen Klasse für zu dumm gehalten wird. Daß mit einer solchen Argumentation - die ja nicht offen ausgesprochen wird - auch die Idee von der Demokratie preisgegeben wurde, wurde (und wird in Bezug auf die EU-Verfassung weiterhin) in Kauf genommen oder übersehen. Dann ist es auch wohl so, wer lange genug ganz oben den politischen Ämtern zu Hause ist, entwickelt wohl das Gefühl, die Firma Deutschland gehöre ihm ganz persönlich, da sollen doch nicht alle mitreden wollen. Ich sehe jedenfalls düstere Zeiten auf uns zukommen, wenn wir das in der Vereinigung versäumte nicht nachholen.

Ein anderer Aspekt der Spruchweisheit „jeder hat die Regierung, die er verdient“ ist ja die Ohnmacht des einzelnen Bürgers gegen den Institutionenabsolutismus (Ein Begriff, der von dem Staatswissenschaftler Prof. Erich Reigrotzki gebildet wurde.) Bei der Beurteilung von Verbrechen der ehemaligen Kriegsgegner Deutschlands wird häufig argumentiert, das sei zwar bedauerlich, aber die Leidtragenden hätten sich das selber zuzuschreiben, sie hätten ja Hitler zugelassen. Wer die Chancen für die Entfernung eines Ministerpräsidenten oder Kanzlers aus seinem Amt durch einzelne Personen, Gruppen oder Massenorganisationen richtig einschätzt, wird einsehen, daß das Argument „ihr habt Hitler ja zugelassen“ eine Verhöhnung der Opfer ist, denn in der Diktatur ist der Widerstand gegen eine Fehlentwicklung doch wohl noch wesentlich risikoreicher und schwerer als in unseren Verhältnissen.

Wenn wir bedenken, daß auf der einen Seite eine Partei wie die GRÜNEN, die auch gegründet wurde, um das Parteienkartell zu überwinden, in kurzer Zeit selbst Mitglied des Kartells wurde und auf der anderen Seite die Wirkungslosigkeit des Aufstands der Einzelbürger beobachten können, dann gilt es, auch hier neue Instrumente des Einwirkens auf die Politik zu entwickeln, damit der Widerspruch aus

der Bürgerschaft, der gerade in der Demokratie erforderlich ist, wirksam werden kann.

„'Wir haben ein Recht empfindlich zu sein'

Paul Spiegel, Präsident des Zentralrates der Juden in Deutschland, sagt im OZ-Gespräch mit Reinhard Zweigler, „dass der größte Frust kein Grund sein kann, menschenfeindlichen Ideen nachzulaufen.“ Diese Aussage ist so richtig wie sie falsch ist. Eine Politik beginnt nicht erst dann menschenfeindlich zu werden, wenn es Tote gibt, sondern, wenn sie das kleine mögliche Glück verhindert oder zerstört. Wenn man das bedenkt, können die von Zukunftsängsten, von Arbeitslosigkeit oder Zwangsversteigerung betroffenen Menschen nirgendwo mehr hin laufen. Irgendwann ist das Unruhe dämmende Polster von Brot und Spiele (Sozialhilfe /Arbeitslosengeld II und Fernsehen) in seiner Wirkung verbraucht. Will man dann allen Betroffenen zwangsweise Psychopharmaka verabreichen? Das Instrument der Demonstration hat sich – auch in der Massenform – abgenutzt. Es bleibt noch die Wahlverweigerung. Die habe ich auch schon praktiziert. Man könnte ja meinen, wenn weniger als 50% der Bürger wählen gehen, dann würden „die Politiker“ merken, daß sie keine Mehrheit mehr im Volk haben. Das ist aber reine Spekulation. Die Wahrscheinlichkeit ist vielmehr, daß sie, „die Politiker“, sagen: „Weil sie die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhalten haben, zwingt uns die staatsmännische Pflicht, die Regierung zu bilden.“

Wenn der Antisemitismus bei uns heute wie in der Weimarer Republik zu einer Gefahr wird, so hat diese Gefahr damals wie heute ihren Ausgang bei den demokratisch sich verstehenden Politikern, die damals nicht in der Lage waren, sozialökonomische Problem sachgerecht zu lösen und es heute immer noch nicht sind. Schuldzuweisungen für gesellschaftliche Mängel an die Adresse von Minderheiten, Auflehnungen gegen staatliche Repräsentanten, Aufstände und revolutionäre Stimmungen kann man nicht durch moralische Ermahnungen „Du darfst nicht!“, „Du sollst nicht“ verhindern, sondern nur durch die Überwindung der Tatbestände, die solche Stimmungen und Neigungen erzeugen. TA